

Kalbitzer, Hellmut

Article — Digitized Version

Korrekte Beziehungen zum Ostblock

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kalbitzer, Hellmut (1954) : Korrekte Beziehungen zum Ostblock, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 7, pp. 374-375

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131919>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Korrekte Beziehungen zum Ostblock

Am 6. Mai 1952 hat sich der Bundestag einstimmig für eine wirtschaftliche und politische Normalisierung des West-Osthandels ausgesprochen. Wenige Wochen später hat sich die Bundesregierung ausdrücklich angeschlossen.

Mit allen europäischen Ländern des Sowjetblocks haben sich geregelte wirtschaftliche Beziehungen, die teilweise schon 1947 wieder aufgenommen worden waren, weiter entwickelt, nur nicht zur Sowjetunion selbst. Seit über einem Jahr verfolgt die Bundesregierung in dieser Hauptfrage einen Zickzack-Kurs, der sowohl im Westen als auch im Osten erst Unruhe und dann Mißtrauen einbrachte.

Nachdem zuerst einzelne Geschäftsleute mit Einverständnis der Bundesregierung nach Moskau gefahren waren, wurden im April 1953 plötzlich in der „Aktion Vulkan“ eine ganze Reihe dieser Geschäftsleute verhaftet, ohne daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe später aufrechterhalten werden konnten. Trotzdem gingen die Rußlandreisen mit Zustimmung der Bundesregierung weiter, und einzelne Geschäfte wurden abgeschlossen. Im Frühjahr 1953 und in diesem Frühjahr wieder fanden Handelskonferenzen zwischen den europäischen West- und Oststaaten statt, auf denen auch die Bundesrepublik vertreten war. Sie waren einberufen von der europäischen Wirtschaftskommission (ECE) der Vereinten Nationen. Die staatsrechtliche Schwierigkeit für Deutschland ist dabei die Nichtanerkennung der Bundesregierung seitens der Sowjetunion, und umgekehrt des Pankower Regimes durch den Westen. Deshalb traten beide Teile Deutschlands nur als westliche und als russische Besatzungszone auf. Die Bundesregierung war durch Mitglieder des Auswärtigen Amts und private Unternehmer vertreten. Man sprach über Warenlieferungen, Zahlungsformalitäten usw., kurz über die Vorbereitung eines Handelsabkommens, ohne die Bundesregierung selbst als Vertragspartner vorzusehen.

Daraus ergab sich die Absicht, auf deutscher Seite den „Ostausschuß der deutschen Wirtschaft“ — einen privaten Zusammenschluß von am Osthandel interessierten Firmen — zum Verhandlungspartner der Sowjetunion zu machen. Es wurde deshalb in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung eine Delegation privater Geschäftsleute unter Führung eines Stahl-Großhändlers zusammengestellt, die diese Verhandlungen führen sollte. Dabei war schon bekannt geworden, daß Angestellte dieser Delegationsmitglieder und mit ihnen befreundeter Firmen sich bereits wochenlang vorher in Moskau zur Vorbereitung privater Geschäftsabschlüsse aufhielten. Es erhob sich also mit Recht die Frage, ob die für die Delegation in Aussicht genommenen Herren in Moskau die allgemeinen Interessen der Bundesrepublik vertreten würden oder in erster Linie ihre eigenen Unternehmen. Auf russischer Seite hätten natürlich Staatsbeamte den deutschen Unterhändlern gegenübergestanden. Dieser Versuch, die politischen und staatsrechtlichen Schwierigkeiten der Fühlungnahme mit der Sowjetunion dadurch zu umgehen, daß man private Geschäftsleute mit der Interessenvertretung gegenüber dem größten und poli-

tisch diffizilsten Nachbarn Deutschlands betraut, hätte nur mit einem schweren Mißerfolg enden können.

Es gibt mit keinem Land auf längere Sicht unpolitische Wirtschaftsverhandlungen, erst recht nicht mit der Sowjetunion. Deshalb liegt die Leitung der deutschen Außenhandelspolitik auch seit jeher in Händen des Auswärtigen Amtes.

In letzter Minute hat das Auswärtige Amt diese Delegation nach Moskau für unerwünscht erklärt, womit es recht hatte, soweit es sich um die Verquickung politischer und privater wirtschaftlicher Gesichtspunkte in der Delegation handelte. Durch die Form und den späten Zeitpunkt allerdings beginnt es, die sorgsam gespannten Fäden wieder zu zerreißen, so daß sich die deutschen Unterhändler ebenso wie die russischen desavouiert fühlen müssen, zumal die Absage widersprüchlich begründet wurde und kein besserer Vorschlag über die Zusammensetzung einer solchen Delegation gemacht wurde.

Den staatsrechtlichen Schwierigkeiten ist man gegenüber den meisten Ostblockstaaten dadurch aus dem Wege gegangen, daß man Abkommen zwischen der ehemaligen Außenhandelsorganisation der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, der JEIA, und Ostregierungen in jedem Jahr wieder nur verlängerte und auf den neuesten Stand der Erfordernisse brachte. Nur mit Rumänien, mit dem kein JEIA-Vertrag bestand, hat man kürzlich ein Abkommen geschlossen, das auf deutscher Seite von dem Ostausschuß getragen wird. Mit der Sowjetunion müßten, solange keine normalen diplomatischen Beziehungen möglich sind, Verhandlungen geführt werden von Personen des öffentlichen Vertrauens, die zur Zeit nicht in politischer Verantwortung stehen, aber doch die Gewähr für die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Einzelinteressen und für politische Übersicht und Loyalität bieten. Man könnte sich z. B. in den Reihen ehemaliger Landesminister oder anderer nicht mehr aktiver Politiker umsehen.

Das Auswärtige Amt hat sich bei seinem Einspruch gegen die deutsche private Handelsdelegation aber augenscheinlich nicht von dem Aspekt der unzumutbaren Zusammenstellung leiten lassen. Näher liegt, daß diese Schwenkung im Zusammenhang mit der amerikanischen Politik auf der Genfer Ostasien-Konferenz zu suchen ist, auf der die USA die Unmöglichkeit der Intervention durch eine bruske Haltung gegenüber dem Ostblock ersetzten. Hierdurch isolierten sich die Amerikaner gegenüber den Engländern und Franzosen, die in einer realistischen Einschätzung der Kräfte eine militärische und politische Frontverkürzung suchten. Diese Isolierung ist um so bedauerlicher, als der sich abzeichnende Kompromiß in Asien natürlich nur denkbar ist auf dem Hintergrund eines starken Amerika.

Die häufigen Kursschwankungen der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion verschärfen das gegenseitige Mißtrauen und sind eine wesentliche Ursache der weltpolitischen Spannungen. Für die Bundesrepublik wäre eine schwankende Politik, die angebahnte Verhandlungen absagt und die Sowjetunion als un-

mittelbaren Nachbarn Deutschlands zu ignorieren versucht, auf die Dauer unerträglich, da sie die deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht durch Macht, auch nicht durch die von den USA entlehene Macht, schützen kann, sondern auf Verhandlungen angewiesen ist.

Auf der West-Osthandelskonferenz in diesem Frühjahr war auch vereinbart worden, daß deutsche Regierungsvertreter in diesem Sommer nach Warschau reisen sollten, um das seit langem bestehende Handelsabkommen mit Polen zu verlängern. In Warschau wäre auch die Möglichkeit gegeben, mit den dortigen zentralen Behörden Verhandlungen zu führen über die Rückführung von in Polen festgehaltenen Deutschen (unter denen sich viele Frauen und Kinder befinden, während andere Familienmitglieder in Deutschland leben), über das Los von Kriegsgefangenen und über die Wiederaufhebung der von Polen Ende 1953 eingeführten Zölle für deutsche Geschenksendungen nach dort, also über die Verbesserung des Loses von Hunderttausenden Deutscher im jetzigen polnischen Gebiet. — Das Auswärtige Amt hat auch diese Delegation abgesagt, um die Unnachgiebigkeit gegenüber dem Osten zu dokumentieren. Der Erfolg ist, daß die Polen, wie alljährlich, so auch diesmal nach Westdeutschland kommen, um das Abkommen zu verlängern, natürlich ohne daß wir dabei die Möglichkeit haben, über Verbesserungen für die Deutschen in Polen zu verhandeln. Demgegenüber reicht die Erklärung des Auswärtigen Amtes, die Polen hätten auch bisher die Rückführung der Deutschen abgelehnt, nicht ganz aus.

Die Bundesrepublik läuft jetzt hinter der Entwicklung des Rußlandhandels her, denn im März 1954 haben die amerikanische, die britische und die französische Regierung auf einer Geheimkonferenz in London vereinbart, das Embargo gegenüber der Sowjetunion erheblich zu mildern. Im Sinne der amerikanischen Regierungspolitik des harten Auftretens gegenüber China hat man allerdings zugleich eine Verschärfung des Embargos gegenüber China in Aussicht genommen. Dabei kann unterstellt werden, daß Großbritannien hier faktisch seinen eigenen Weg gehen wird, nachdem sein Außenminister Eden dieser Tage nach jahrelangen Bemühungen die Entsendung eines chinesischen Geschäftsträgers nach London erreicht hat und die beiden denkbaren Ministerpräsidenten einer kommenden Arbeiterregierung, Attlee und Bevan, mit Zustimmung des Londoner Außenministeriums nach Peking reisen werden.

Der Europarat in Straßburg hat denn auch auf seiner letzten Sitzung Ende Mai in einer einstimmig gefaßten Entschließung den europäischen Regierungen nahegelegt, den Chinahandel nicht zu erschweren, um China nicht an die russische Politik zu ketten, sondern diesem ältesten Kulturland der Erde mit über 500 Millionen Einwohnern die Möglichkeit zu geben, seine Position frei zwischen West und Ost zu finden; denn dieser Subkontinent hat im Unterschied zu den osteuropäischen Satelliten auf die Dauer ein eigenes politisches und wirtschaftliches Schwergewicht. Aber der Europarat hat auch darauf hingewiesen, daß der von



Auskunft erteilt die zuständige Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer

der Sowjetunion so nachdrücklich gewünschte Handel mit dem Westen nur einen Dauererfolg haben kann, wenn die Sowjetunion dem Westen das Vertrauen in seine friedfertige Politik wiedergibt.

Und abschließend hat der Europarat seinen Mitgliedsländern ein gemeinsames Vorgehen empfohlen, nicht um, wie bisher, den Osthandel einzuengen, sondern um ihn auszuweiten. — Dieser gemeinsamen Politik sollte sich auch die Bundesrepublik anschließen, wenn sie nicht isoliert und schließlich von der Konkurrenz ausmanövriert werden will.

Die Sowjetunion und ihre Satelliten sind durch politische Gegensätze und eine vergiftete Atmosphäre von Deutschland getrennt, aber sie sind unsere unmittelbaren Nachbarn. Mit ihnen friedlich zusammenzuleben, ist die historische Aufgabe. Es gibt für Deutschland kein „entweder Freundschaft mit dem Westen — oder Satellit des Ostens“. Es muß heißen: Freundschaft mit dem Westen und korrekte Beziehungen zum Osten. Solange normale diplomatische Beziehungen noch nicht möglich sind, müssen tragbare Ersatzlösungen gesucht und bestehende Beziehungen gepflegt werden.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährl. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, od. durch den Buchhandel